

# Einsicht, aber auch Widerstand

Stegner wirbt für seine große Reform

**Kiel – Innenminister Ralf Stegner zieht durch die Kreise und wirbt für eines der größten Reformprojekte der Landesregierung. Nach gut der Hälfte seiner Besuche gab er sich gestern optimistisch: „Die Einsicht, dass die kleinteilige Verwaltungsstruktur Schleswig-Holsteins keine Zukunft mehr hat, ist noch unterschiedlich stark ausgeprägt, aber gleichwohl vorhanden.“**

Von Uta Wilke

Auch wenn sich „praktisch niemand“ mehr traue, die Schaffung größerer Verwaltungseinheiten kategorisch abzulehnen, muss Stegner weiterhin gegen Widerstände ankämpfen – selbst in einigen Ministerien. Doch als starke Bündnispartner weiß er Finanzminister Rainer Wiegard und vor allem Ministerpräsident Peter Harry Carstensen an seiner Seite. Um ihr Ziel zu erreichen, arbeitet die Landesregierung mit einer Mischung aus Druck und Anreizen.

Am 1. April 2007 soll das Gesetz über die Neuordnung der kommunalen Verwaltungsstruktur in Kraft treten. Bis zum Ende nächsten Jahres können kleine Gemeinden selbst noch Vorschläge für freiwillige Zusammenschlüsse machen – und dabei kräftig kassieren. Stegner drückte es so aus: „Wer klug, kreativ und konstruktiv ist, kann für seine Gemeinde viel Gutes tun.“ Eine „Heiratsprämie“ von 250000 Euro gibt es für jede Verwaltung, die wegfällt. Dafür steht ein Fördertopf von insgesamt 15 Millionen Euro zur Verfügung, wovon drei Millionen aus dem Landeshaushalt und zwölf Millionen

aus dem Kommunalen Investitionsfonds stammen. Nach der freiwilligen Phase greift der Zwang. Das Ziel: Kommunale Verwaltungen müssen mindestens 8000 Einwohner betreuen. Ihre Gesamtzahl soll von jetzt 215 auf etwa 160 verringert werden.

Weniger klar umrissen ist bisher der zweite Bestandteil der Reform. Das Land will Aufgaben – zum Beispiel der Staatlichen Umweltämter, der Ämter für ländliche Räume oder des Landesamtes für Gesundheit und Arbeitssicherheit – an die Kreise und kreisfreien Städte abgeben und dazu vier bis fünf Dienstleistungszentren schaffen. Zumindest hieß es bisher so. Der Minister führte gestern einen neuen Begriff ein: kommunale Verwaltungsregionen. Sonst würden Bürger denken, es handele sich um neue Gebäude. Auf die Frage, ob es nun bei dieser Wortschöpfung bleibe, antwortete Stegner: „Der Innenminister ist glücklich damit.“ Kein Wunder, denn er fügte hinzu: „Das ist mein eigener Vorschlag.“ Ein Konzept für die kommunalen Verwaltungsregionen will er im ersten Quartal 2006 vorlegen, wenn die Aufgabenkritik des Landes abgeschlossen ist.

Aber auch dies stellte der Innenminister klar: Die Kontrolle durch Ratsversammlungen beziehungsweise Kreistage soll auch im Falle der neuen Zentren gewährleistet werden. Zu Einwänden sagte er: Wenn es möglich sei, dass Schleswig-Holstein und Hamburg „mit verschiedenen Gesetzen, zwei Parlamenten, zwei Regierungen und einer Landesgrenze gemeinsame Behörden betreiben, dann muss das doch auch über Kreisgrenzen hinweg möglich sein“.